

Offene Schnittstellen zum Bürger

Rechtsgrundlagen für den Austausch
zwischen Verwaltung, Regierung und
Bürgern

Was wollen wir?

- Open Government als *politische Idee* verbreiten
- *Wissen* zu Open Government verbreiten
- Selbst mehr über Open Government lernen

Schnittstellen zum Bürger

1. Verwaltungsverfahren
2. Planungsverfahren (z.B. Planfeststellungsverfahren)
3. Informationsfreiheitsgesetze
4. Petitionsrecht

1. Verwaltungsverfahren

- Ein Verwaltungsverfahren findet statt, wenn die Verwaltung mit dem Bürger interagiert, um ihm etwas zu verbieten oder zu erlauben (§ 9 VwVfG)
- In einem Verwaltungsverfahren hat der Bürger gesetzlich garantierte Rechte z.B.:
 - Recht auf Beratung und Auskunft, § 25 VwVfG
 - Recht angehört zu werden, § 28 VwVfG
- Spezielle Verfahren - spezielle Rechte, z.B.
 - § 70 BauO Bln: Die Baubehörde muss Bauanträge innerhalb von 2 Wochen prüfen und bestätigen

2. Planungsverfahren

- In der Raumplanung geht es darum, den zur Verfügung stehenden Raum gesellschaftlich zu ordnen und zu nutzen, z.B.
 - Bebauungsplan (Bauplanung)
 - Großvorhaben wie Stuttgart 21 (Planfeststellung)
- Mit der Raumplanung beschäftigt sich das *Planungsrecht*.
- In Planungsverfahren geht es sehr stark um die Beteiligung von Bürgern und anderen Interessenträgern, z.B.
 - § 73 VwVfG: *Anhörungsverfahren*
 - § 3 BauGB: *Beteiligung der Öffentlichkeit*

3. Informationsfreiheitsgesetze

- Informationsfreiheitsgesetze geben dem Bürger Ansprüche auf Informationen gegen den Staat
- Bundes- und Landesinformationsgesetze sind unterschiedlich ausgestaltet (meist aber teuer und ineffektiv)
- Beispiel für Open Government-Umsetzung: FragDenStaat.de
 - Wird nicht durch Behörden betrieben
 - Nutzt E-Mail als Schnittstelle zu den Behörden

4. Petitionsrecht

- Das Petitionsrecht gehört zu den Grundrechten
- Art. 17 GG: „Jedermann hat das Recht, sich ... mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“
- Garantiert dem Petenten ein Recht auf Prüfung und Antwort (BVerfGE 2, 225)
 - Effektiver als z.B. die Informationsfreiheitsgesetze!
- Einzige mir bekannte Umsetzung:
epetitionen.bundestag.de

Was heißt das?

- In der Rechtsordnung gibt es eine fast unüberschaubare Zahl an „Schnittstellen“ zum Bürger
 - Jede dieser Schnittstellen gibt dem Bürger konkrete Rechte (teils auch Pflichten)
 - Nicht alle Schnittstellen sind rechtlich geregelt, aber viele
- Open Government betrifft im Kern das Ziel, diese Schnittstellen besser auszugestalten
- Das Ziel sollte also sein:
 - diese Schnittstellen besser kennenzulernen, und
 - Wissen über Open Government bei denen zu verbreiten, die mit diesen Schnittstellen täglich zu tun haben.

Zwei Vorschläge

1. Der Ohu Open Government nimmt Kontakt zu verwaltungswissenschaftlichen Multiplikatoren auf und erörtert Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Dies wären z.B.
 - Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
 - Verwaltungshochschulen des Bundes oder der Länder (z.B. FH Bund)

Zwei Vorschläge

2. Der Ohu Open Government gibt zum Thema „Schnittstellen zum Bürger“ eine Studie in Auftrag.
 - Anbieten würde sich ein verwaltungswissenschaftlicher oder öffentlich-rechtlicher Lehrstuhl.
 - Denkbar wäre auch das Institut für Internet & Digitale Gesellschaft
 - Das genaue Thema und Ziel der Studie muss natürlich noch diskutiert werden

Open for Discussion